

Der Wunsch nach ziviler Konfliktlösung und die Unmöglichkeit, diese kurzfristig zu realisieren, soll in die Akzeptanz von Militärpolitik umgelenkt werden. Zum Beispiel im "**Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung**" der verbliebenen Bundesregierung. Der Titel klingt viel versprechend, es ist ein umfangreicher 80-Seiten-Text. Man muss schon näher hinsehen.



Ein bezeichnendes Zitat daraus:

"... Krisenprävention erfordert daher häufig eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Komponenten im Rahmen eines Sicherheitskonzepts, das politische, diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Mittel einschließt. ..."

"Zivile Konfliktlösung" als Etikettenschwindel von Politik und Militär

"Humanitäre Interventionen" und "Zivile Konfliktlösung":
Menschenrechtsschutz mit kriegerischen Mitteln?"

Diskussionsveranstaltung mit Christoph Marischka (IMI ¹⁾) und Franz Iberl (BIFA ²⁾)

Montag, 14. November, 19:30Uhr

EineWeltHaus, Großer Saal

Schwanthalerstr.80, U4/U5 Theresienwiese

Die nächste Regierung wird auf diesen "Erfolgen" von Rot-Grün aufbauen.

So heißt es zum Beispiel in einem Thesenpapier von Christian Schmidt (CSU ³⁾) und Christian Ruck (CSU ⁴⁾) mit dem Titel „**Für eine bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik:**

„...In den letzten Jahren hat sich die Distanz zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, zwischen militärischen und entwicklungspolitischen Akteuren merklich verringert. Dies liegt vor allem an der Erkenntnis, dass Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich ist....

...Umgekehrt stehen sicherheitspolitische und friedenssichernde Maßnahmen in Entwicklungsländern ohne nachhaltige Entwicklung auf tönernen Füßen. Die Konfliktbeendigung und militärische Sicherung eines vormaligen Kriegs- oder Bürgerkriegslandes ist nur der Anfangspunkt für dessen langfristige Stabilisierung und nachhaltigen Aufbau. Die Entwicklungspolitik ist im Rahmen des „Peace-Building“ ein wichtiger Akteur....

...die Kooperation zwischen Militär, Polizei und zivilen Hilfsorganisationen in Krisengebieten optimieren. ...“

(Der Text ist unter dem Titel "Nationale Interessen definieren" am 15. Januar 2005 in der Frankfurter Rundschau erschienen)

Einige Thesen dazu:

- Eine typische "Falle" ist es, zivile und militärischen Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gleichberechtigt nebeneinander zu sehen - und das als Fortschritt darzustellen. Was heißt das wirklich? Die **Ziele** und die **Berechtigung** von Interventionen werden gar nicht erst in Frage gestellt: Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass man interveniert, die Interessen dahinter werden nur manchmal aufgedeckt. Es geht also um Machtausübung. Wenn man mit militärischen Mitteln drohen kann, erreicht man die machtpolitischen Ziele in der Tat oft bereits ohne Schiessen - wer fragt dann noch nach der politischen Legitimation.
- Zivile Interventionen, die oft als wirkliche Hilfe wahrnehmbar sind, werden untrennbar mit den militärischen Bedingungen verknüpft. Es wird in der Regel nicht wahrgenommen, welches Eigeninteresse "moderne Militärkonzepte" an ziviler Ergänzung haben - und dass diese vor allem dann den gleichen Zielen verpflichtet werden wie die "konventionell militärisch gestützte Außenpolitik".
- "Menschliche Sicherheit" - das humanistische Pendant zum „Krieg gegen den Terror“? Das ist ein weiterer Versuch, gutwilligen Menschen militärische Machtmittel unterzuschieben.
- Neben den "bekannteren Instituten" (Stiftung Wissenschaft und Politik, Centrum für Angewandte Politikberatung (o.ä.)/Bertelsmann) spielen Parteistiftungen auf Grund alter Loyalitäten und der finanziellen Möglichkeiten eine bedeutsame Rolle, die Militärpositionen gerade in Friedenskreisen zu vertreten.
- Zivile Konfliktbearbeitung ist ein trojanisches Pferd von Rot/Grün für die Friedensbewegung. Das "Kümmern" von Rot-Grün „um“ Friedensgruppen darf also nicht mit Unterstützung verwechselt werden!
- Unabhängig von der jeweiligen "akuten" Wahrnehmung der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit ist die Haltung der Friedensbewegung, soweit sie als gemeinsame Bewegung agiert, von entscheidender Wichtigkeit für den Kampf gegen die herrschende Militarisierung - Positionen, die von der Friedensbewegung aufgegeben wurden, sind sehr schwer korrigierbar!

1) Christoph Marischka - Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI), Tübingen

2) Franz Iberl - Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA)

3) Christian Schmidt - CSU, bisher Mitglied im Verteidigungsausschuss und Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

4) Christian Ruck - CSU, bisher Vorsitzender der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU-/CSU-Fraktion im Bundestag

Münchner Friedensbündnis in Zusammenarbeit mit Friedensbüro e.V.



Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen - Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. - Friedensinitiative Christen in der Region München - Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit - Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung - Mütter gegen Atomkraft München e.V. - Munich American Peace Committee - Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München - Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg - Pax Christi München - Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung - Schwabinger Friedensinitiative - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

c/o Friedensbüro e.V., Isabellastr. 6, 80798 München, Telefon/Fax: 089-27 15 917

www.muenchner-friedensbuendnis.de, E-Mail: friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de

Spendenkonto: Friedensbüro e.V., Postgiroamt München, BLZ: 700 100 80, Konto-Nr. 410 39-801

Herausgegeben vom Münchner Friedensbündnis - Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Klaus Mähler, Friedensbüro, Isabellastr. 6, 80798 München, E.i.S.